

4. I. 1918

Die getrennte Armee.

Die militärische Frage in Ungarn.

Wien, 3. Januar.

Die Verteidiger des vor einem halben Jahrhunderte geschlossenen Ausgleichs werden bald auf einem recht einsamen Posten stehen. Wenn die gemeinsame Armee getrennt und von ihr ein nationales Heer für Ungarn losgerissen werden sollte, würde das mühselige Werk, das nach den schwersten Krisen geschaffen wurde, die Lebensfähigkeit verlieren und als bloße Fälschung, ohne den früheren Sinn äußerlich fortbestehen. Die gemeinsame Armee soll erst gespalten und dann sollen die einzelnen Teile durch einheitliche Leitung, einheitliche Ausrüstung und einheitliche Ausbildung verbunden werden. Aber zwei Teile sind niemals, wenn es sich um lebendige Wesen handelt, ein Ganzes, weil sie mit Notwendigkeit in der Ueberlieferung auseinandergehen, auch im Geist, der sich den Körper baut, und auch im Verhältnisse zur Monarchie, die ohne geschlossene Macht sich nicht würde behaupten können. Die Einheitlichkeit, die für die Gemeinsamkeit angeboten wird, ist fast weniger, als die Pragmatische Sanktion vor zwei Jahrhunderten zugesichert hat, und so verfallen wir in die Gefahr der Rückbildung zu Kleinstaaten und der wachsenden Entfremdung. Wenn die Teilung der Armee als geschichtlicher Zustand auf uns gekommen wäre, hätte sie trotz der großen Unzulänglichkeiten ertragen werden müssen. Aber das geschichtslose Auseinandergeraten einer gemeinsamen Armee, die Trennung nach einer so langen Verschmelzung, eine Politik, die nicht eine Gewohnheit duldet, sondern das Ungewohnte aufzwingt, wäre sehr schädlich. Die gemeinsame Armee nie gehabt zu haben, wäre eine Lockung für die Feinde gewesen, sie jetzt nicht mehr haben, würde eine noch höhere Gefahr sein. Die Einheit wäre ganz verschieden von der Gemeinsamkeit, die an der Wurzel beginnen, im täglichen Leben vorhanden sein muß und nicht durch bloße Vorkehrungen in den obersten Stellen zu ersetzen ist. Wir könnten nach unserer ganzen Ueberzeugung nicht leichtlin Abschied nehmen von der gemeinsamen Armee; wir hätten das Gefühl, als würde ein Pflanzstock herausgezogen werden, der für den inneren Halt der Monarchie, in Ungarn wie in Oesterreich, unentbehrlich ist.

Die Entscheidung ist bisher zuverlässig nicht bekannt geworden und auch nicht, wie sich die österreichische Regierung zu den öffentlich mitgeteilten Wünschen für die Errichtung einer selbständigen Armee in Ungarn verhalte. Herr v. Koerber und Graf Bienerth haben erklärt, daß nach ihrer Rechtsüberzeugung grundsätzliche Einrichtungen der Armee nicht geändert werden dürfen, ohne daß Oesterreich gehört werde und seinen Willen kundgebe. Der Einwand, daß es sich nur um Maßregeln handle, die erst nach dem Kriege durchgeführt werden sollen, und daß vorläufig nur ein Parteiprogramm zu genehmigen sei, wäre nicht ernst und würde auch der Bedeutung der führenden Staatsmänner in der Regierung nicht angemessen sein. Die selbständige Armee wird nicht bloß von einzelnen Parteigruppen, sondern auch von dem aus ihnen hervorgegangenen Ministerium verlangt. Die Eigentümlichkeit, daß die Vollmacht zunächst auf dem Papiere bleiben und nur die Zukunft binden soll, ist noch bedenkllicher, als die unmittelbare Forderung sein könnte. Denn das Aufwerfen der Armeefrage mitten im Kriege und trotz der Unsicherheit, in der sich alle Völker gegenwärtig befinden, ist erst recht ein Beweis, daß die Armee in die ungarische Tagespolitik schon jetzt hineingezogen wird, da sie noch als gemeinsames Heer kämpft. Für die Einheit, zu der mehrere Parteigruppen kommen möchten, soll die Gemeinsamkeit

der Armee hingegeben werden; für die vergängliche Bildung neuer parlamentarischer Zusammenhänge soll die Monarchie opfern, womit sie Franz Deak im Augenblicke des Niederganges in seiner politischen Fernsicht ausgerüstet hat, um sie wieder aufzurichten. Die geschlagene Monarchie hat die gemeinsame Armee in Ungarn durchgesetzt; die siegende muß jetzt fürchten, sie zu verlieren. Graf Stephan Tisza hat oft vor einer Politik der militärischen Zugeständnisse gewarnt. Was vor dem Kriege seine Meinung war, muß jetzt noch mehr gelten. Vielleicht ist er stark genug, dem Volke diese Wahrheit noch einmal zu verkünden.

Politik ist angewandte Zweckmäßigkeit. Aber der sittliche Gehalt ist nicht zu entbehren. Wenn die ungarischen Staatsmänner, deren hohe Begabung unbestreitbar ist, die Gemeinsamkeit aufgeben und die Trennung wollen, sprechen sie damit aus, die Armee lasse sich nicht so erziehen, daß die Monarchie zum Oberbegriffe des engeren Vaterlandes werde. Kann das Bekenntnis eines solchen Zweifels die richtige Unterstützung im jetzigen Kriege sein? Wir verhandeln über einen Vorfrieden in Brest-Litowsk. Aber die mächtigsten Feinde wollen den Gedanken an die Zerstückelung der Monarchie nicht aufgeben. Der Winter und der Frühling werden ohne blutige Ereignisse nicht vorübergehen und so ist trotz der berechtigten Hoffnungen noch manches auf den Zufall gestellt und das letzte Ende kaum mit Sicherheit bestimmbar. Wie darf in diesem bewegten Zeitabschnitte die gemeinsame Armee, der noch mancher bedeutungsvolle Feldzug auf großen Schlachtfeldern vorbehalten sein mag, auch nur in Worten berührt werden, welche die Gemeinsamkeit und die Rationalisierung gegenüberstellen und sagen, daß für die Volkstümlichkeit durch Trennung gesorgt werden müsse. Nehmen wir selbst an, daß für spätere Geschlechter nationale Armeen unentbehrlich sein würden und daß die fortschreitende Bildung nicht imstande wäre, den großen Anteil, den Ungarn durch die Monarchie an der Politik von Europa hat, volkstümlich zu machen. Wir glauben es nicht, weil Ungarn sofort nach der Trennung die Empfindung hätte, daß es kleiner geworden sei. Lassen wir jedoch gelten, daß eine nationale Armee die ursprünglichsten Gefühle für sich habe. Aber eine Politik, die im Angesichte der Feinde, in einem Abschnitte des Krieges, der für die Gestaltung des Friedens maßgebend werden dürfte, der gemeinsamen Armee mitteilt, daß sie aufhören werde, gemeinsame Armee zu sein, ist der lebendige Widerspruch gegen angewandte Zweckmäßigkeit.

Wir sprechen nicht vom Staatsrechte und möchten diesen steinigen Acker nicht pflügen. Aber die Verschiebungen, die sich in der Monarchie vorbereiten, sind für Ungarn beinahe so folgenschwer wie für Oesterreich. Polen soll eine nähere Beziehung zur Monarchie haben und mit Sizilien vereinigt werden. Das Verhältnis der künftigen polnischen Armee zur gemeinsamen Armee oder auch zu den zwei getrennten Armeen, in die sie geteilt werden soll, kann für Ungarn nicht gleichgültig sein. Die Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist unter dem Einflusse von Gehässigkeiten, die beide Staaten der Monarchie gemeinsam abwehren müssen. In dieser Gärung, da die höchste Vorsicht kaum genügt, neuen Schwierigkeiten auszuweichen und das Unternehmen des Krieges nach so vielen Bangigkeiten glücklich zu beendigen, darf keine Hand sich gegen die Gemeinsamkeit der Armee ausstrecken. Die Monarchie sollte nach herben Prüfungen nicht von Spannungen heimgesucht werden, die in der harten Winterszeit, da so viel Kummer drückt, die schädlichsten Wirkungen hätten. Wir leben alle nach innerer Ruhe, nach heimischem Frieden. Gar so viel wäre nicht verlangt, wenn in Oesterreich der Wunsch ausgesprochen werden sollte, daß Ungarn bis zum Abschlusse des Friedens sich nicht wieder dem brennenden Dornbusche der Armeefrage näherte.